

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

AKTUELL

Minister verhaftet

Der serbische Handels- und Tourismusminister, Velimir Mihajlovic, wurde am Montag abend wegen Verdacht auf Amtsmissbrauch verhaftet. Das berichtete das Belgrader Lokalfernsehstudio «Politika». Mihajlovic war während knapp eines Monats Mitglied der serbischen Regierung. Am 2. März war bereits sein Vorgänger, Sava Vljakovic, zusammen mit einigen anderen Funktionären verhaftet worden. Beide sollen in gesetzwidrige Aussenhandelsgeschäfte verwickelt gewesen sein.

Studentenkundgebung

Einen Tag vor der Wiederwahl von Indonesiens Präsident Suharto (71) für eine sechste, fünfjährige Amtsperiode haben am Dienstag mehrere Studenten vor dem Parlamentsgebäude in Jakarta gegen den seit 1968 regierenden Politiker demonstriert. Die Polizei trieb die Gruppe mit Stockschlägen auseinander. Nach Angaben von Augenzeugen wurden mindestens vier Teilnehmer festgenommen. Das Gelände um das Parlamentsgebäude wurde von 11 000 Soldaten und Polizisten abgeriegelt. Suharto ist einziger Kandidat.

Stufenweise Schritte von der Selbstbestimmung zur Unabhängigkeit

In einer Woche tagt eine Konferenz der UNO über das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Schaaner Rathaussaal – Initiative des Fürsten

(G.M.) – Über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und über die stufenweisen Schritte von der Autonomie bis zur Unabhängigkeit werden in der nächsten Woche in unserem Land Experten aus verschiedenen UNO-Mitgliedstaaten sowie Staaten mit UNO-Beobachterstatus konferieren. An der dreitägigen Konferenz, die auf eine Initiative von Fürst Hans-Adam II. zurückgeht, soll über das Problem der Selbstbestimmung sowie über das weitere Vorgehen in dieser Sache diskutiert werden. Fürst Hans-Adam II. hatte vor zwei Jahren vor der UNO-Generalversammlung vorgeschlagen, eine Selbstbestimmungskonvention nach dem Muster der Europäischen Menschenrechtskonvention zu schaffen.

Vorbereitungen bei den Vereinten Nationen am Hauptsitz in New York haben ergeben, dass das Thema Selbstbestimmungsrecht der Völker in der heutigen Zeit zwar ein äusserst aktuelles Thema darstellt, doch ebenso eine heikle Thematik für viele Staaten ist, die mit Autonomieansprüchen verschiedener Gruppierungen konfrontiert sind. Nach Angaben von Christian Wenaweser, Mitarbeiter beim Amt für Auswärtige Angelegenheiten, haben bis gestern insgesamt 29 UNO-Staaten, die Schweiz und der Vatikan sowie verschiedene Organi-

sationen mit Beobachterstatus ihre Zusage für das Expertentreffen abgegeben.

Aufgrund der Brisanz der Thematik für verschiedene Staaten handelt es sich bei dieser UNO-Konferenz, die im Schaaner Rathaussaal abgehalten werden soll, um ein informelles Treffen. Die unabhängigen Experten werden wohl von den einzelnen Staaten ernannt, doch treten sie offenbar nicht als Ländervertreter auf. «Wir gehen davon aus», hatte Regierungschef Hans Brunhart im vergangenen Herbst vor der UNO dazu erklärt, «dass die benannten Experten in persönlicher Eigenschaft an dem Treffen teilnehmen, da wir der Auffassung sind, dass Verfahren, durch die eine Verpflichtung der Regierungen vermieden wird, einer konstruktiven und sachverständigen Diskussion eher förderlich sind.»

Fürst Hans-Adam II. eröffnet Treffen

Das erste UNO-Expertentreffen über das Selbstbestimmungsrecht soll von Fürst Hans-Adam II. persönlich eröffnet werden, der 1991 mit seiner Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen den Anstoss zur eingehenden Auseinandersetzung mit dieser Thematik gegeben hat. Die Tagungsleitung werden sich Claudia Fritsche, die liechtensteinische UNO-Delegierte, sowie

der Völkerrechtler Sir Arthur Watts teilen. Vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten nehmen Amtsleiter Roland Marxer und Christian Wenaweser daran teil. Nach dem vorgegebenen Rahmen soll das Expertentreffen vom Dienstag kommender Woche bis Donnerstag dauern.

Vorschläge an die Generalversammlung

Angesichts der komplexen Thematik des Selbstbestimmungsrechts und der Schwierigkeiten verschiedener UNO-Staaten mit der Durchsetzung derartiger Forderungen sind die Erwartungen vor diesem ersten Expertentreffen nicht sehr hoch geschraubt. Man könne nicht erwarten, hiess es in der Erklärung von Regierungschef Brunhart bezeichnenderweise, dass sich irgendwelche allgemeine Grundsätze oder Verfahren, über die man auf internationaler Ebene Einigung erzielt, in einzelnen Fällen ohne weiteres anwenden lassen: «Wir sollten daher auch Verfahren vorsehen, auf die zurückgegriffen werden kann, wenn bei der Anwendung des Grundsatzes der Selbstbestimmung und der friedlichen Beilegung von eventuellen Streitigkeiten Schwierigkeiten auftreten.» Dennoch ist geplant, die Ergebnisse des Expertentreffens der Generalversammlung im kommenden Herbst zur Begutachtung vorzulegen, um dann zu entschei-

den, ob die Thematik weiterentwickelt werden soll.

Vorsichtiges Vorgehen

Fürst Hans-Adam II. war sich offensichtlich bewusst, dass seine Initiative vor der UNO wohl auf Zustimmung stossen wird, dass gleichzeitig aber auch ein vorsichtiges Vorgehen gewählt werden muss. Aus guten Gründen üben sich die Vereinten Nationen in Zurückhaltung, meinte er in seiner Ansprache, denn eine Ermutigung zur Wahrnehmung des Rechts auf Selbstbestimmung könnte zu noch mehr Bürgerkriegen und zum Auseinanderbrechen von Mitgliedstaaten führen. Er unterbreitete deshalb den Vorschlag, dass sich die Staatengemeinschaft auf «ein Mindestmass an Konsens hinsichtlich einiger Leitprinzipien» verständigen sollte, wenn Bemühungen unternommen würden, die Grundsätze der Selbstbestimmung in die Praxis umzusetzen. «Um für die grösstmögliche Zahl von Mitgliedstaaten annehmbar zu sein», regte er an, «sollten solche Richtlinien oder Verhaltensregeln auf eine behutsame Evolution abstellen, die von einem niedrigen zu einem höheren Niveau der Autonomie voranschreiten könnte, bevor die vollständige Unabhängigkeit erreicht werden kann.»

Verzicht auf traditionelle Ziffernoten bei den Projektschulen

Regierung nimmt den Zwischenbericht über das Schulprojekt «Schülerbeurteilung und Schulentwicklung» zur Kenntnis – Ausweitung geplant

(paf) – Die Regierung hat den Zwischenbericht über das Schulprojekt «Schülerbeurteilung und Schulentwicklung» des Schulamtes zur Kenntnis genommen. Das Schulamt wird von der Regierung beauftragt, Erkenntnisse aus der Projektarbeit in den Antrag zur Abänderung des Schulgesetzes einfließen zu lassen.

Der Start des Projektes «Schülerbeurteilung und Schulentwicklung» war im August 1990. Im Juli 1994 wird das Projekt für die beiden Projektschulen Vaduz Aeule und Ruggell beendet. Es haben Überlegungen stattgefunden, die Projektarbeit auf weitere Schulen auszuweiten. Dafür sind im Budget 1993 entsprechende Mittel bereitgestellt worden.

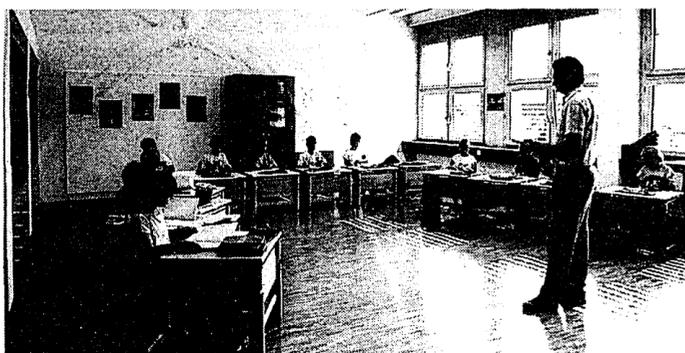
Mit der Abänderung des Schulgesetzes wird die Grundlage dafür geschaffen, dass die bisherigen Projektschulen Ruggell und Vaduz Aeule nach Ablauf des Projektes im Sommer 1994 ihre neue Form der Schülerbeurteilung auf gesetzlicher Basis weiterführen könnten.

Förderorientierte Schülerbeurteilung

In den beiden Projektschulen Vaduz Aeule und Ruggell wird aus pädagogischen und wissenschaftlichen Überlegungen heraus auf traditionelle Ziffernoten verzichtet. Statt dessen wird auf eine förderorientierte Schülerbeurteilung hingearbeitet, die das Arbeitsverhalten, das Sozialverhalten und die Lernfortschritte der Kinder miteinbezieht.

Diese neue Form der Schülerbeurteilung setzt differenzierende Unterrichtsformen voraus, die auf die unterschiedlichen Lerntempi und Bedürfnisse der Schüler eingehen. Die Kinder orientieren sich in erster Linie an den Lernzielen, die aus dem gängigen Lehrplan abgeleitet sind. Wochenpläne und Lernkarten erlauben es den Schülern, ihre Zeit selber einzuteilen und mitzubestimmen, wann sie welche Arbeit erledigen.

Aus Schülersicht ist der Unterricht transparenter geworden: Die Kinder



Die Regierung hat den Zwischenbericht über das Schulprojekt «Schülerbeurteilung und Schulentwicklung» zur Kenntnis genommen. Es haben Überlegungen stattgefunden, die Projektarbeit ohne das traditionelle Notensystem auf weitere Schulen auszuweiten. (Archivbild)

wissen selber, welche Ziele sie erreichen müssen.

Mit den Eltern aller Kinder werden regelmässig Elterngespräche durchge-

führt. Umfragen in den beiden Schulen haben gezeigt, dass die Eltern grösstenteils hinter dem Projekt stehen und auch die neue Form der Schülerbeurteilung unterstützen.

Hoher Anteil an Kat-Fahrzeugen

Amt für Volkswirtschaft veröffentlichte Statistik über Motorfahrzeuge

(G.M.) – Im vergangenen Jahr wurden im Fürstentum Liechtenstein insgesamt 2083 (2150) neue Motorfahrzeuge bei der Motorfahrzeugkontrolle immatrikuliert. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich ein Rückgang von 10,7 Prozent. Erstmals zugelassen wurden 1765 (1818) Personwagen, deren Rückgang im Vergleich zum Vorjahr 2,9 Prozent beträgt.

Von den 17 757 (17 189) in Verkehr stehenden Autos und Kleinbussen erfüllten Ende 1992 insgesamt 10 742 (9251) Fahrzeuge die Abgasvorschriften gemäss US-Norm 83. Dies entspricht einem Anteil von 60,5 Prozent, der im Vergleich zum Vorjahr mit 53,8 Prozent erheblich angestiegen ist.

In der Zahl von 1921 Motorwagen, die immatrikuliert wurden, sind 1765 Personwagen, 9 Kleinbusse, 4 Autobusse, 85 Lieferwagen und 27 Lastwagen enthalten. Hinzu kommen noch 12 Sattelschlepper und 19 Spezialwagen. Gewerbliche Traktoren wurden im vergangenen Jahr keine in Verkehr gesetzt, hingegen war die Aufnahme von 14 landwirtschaftlichen Traktoren zu verzeichnen.

Bei den Motorrädern zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme auf 154 Immatrikulationen, nachdem 1991 nur 131 neue Motorräder erstmals in Verkehr gesetzt wurden. Die Zahl der Kleinmotorräder hielt sich mit 8 Inverkehrsetzungen (im Vorjahr 10) ungefähr auf der Höhe des Vorjahres. Die Mehrzahl der Motorräder konzentriert sich auf die Einsteigermodelle bis 135 ccm, von denen 45 Stück in Verkehr gesetzt wurden, gefolgt von den schweren Maschinen mit über 510 ccm, von denen 103 in den Verkehr gelangten. Die dazwischenliegenden Kategorien weisen gerade noch 6 neue Fahrzeuge auf.

Am meisten Personwagen, nämlich 416 Stück, wurden in der Gemeinde Vaduz in Verkehr gesetzt, gefolgt von Schaan mit 329 Fahrzeugen, Triesen mit 245, Balzers mit 168 und Triesenberg mit 123 Personwagen. In der kleinsten Gemeinde, in Planken, ergaben sich 12 neue Immatrikulationen.

Im Unterland liegen die Neuinverkehrsetzungen in Mauren mit 153 und in Eschen mit 152 Fahrzeugen nahe zusammen.

Stabile Inflationsrate trotz Preisdruck

Jahresteuierung auf 3,4 Prozent – Index um 0,6 Prozent gestiegen

Bern/Zürich (AP) Die Jahresteuierung ist in der Schweiz Ende Februar leicht gesunken, obwohl die Preise innert Monatsfrist deutlich anzogen. Nach Mitteilung des Bundesamts für Statistik ging die Jahresrate auf 3,4 Prozent zurück, nach 3,5 Prozent Ende Januar. Die Monatssteigerung betrug 0,6 Prozent. Die Benzinverteuerung dürfte im April voll auf den Index durchschlagen.

Der Landesindex der Konsumentenpreise stellte sich Ende Februar auf 137,2 Punkte. Fachleute hatten einen stärkeren Anstieg befürchtet und eine Jahresteuerrate von 3,5 bis 3,6 Prozent vorausgesagt. Das Auseinanderklaffen von rückläufiger Jahres- und zunehmender Monatssteigerung ist dem statistischen Basiseffekt zuzuschreiben, das heisst dem Umstand, dass die Monatssteigerung im Februar 1992 mit 0,7 Prozent noch höher als jetzt gewesen war.

Im Berichtsmontat schlugen unter anderem die höheren SRG-Gebühren sowie die gestiegenen PTT-Tarife auf den Index durch. Weiter wurden saisonal bedingte Preiserhöhungen für Ferienwohnungen und Zeitschriften schlugen teilweise

auf. Ein Blick auf die einzelnen Gruppenziffern des Index zeigt, dass der Preisdruck im Bereich Bildung und Erholung mit einer Zunahme um 3,4 Prozent eindeutig am stärksten war. Die Ziffern Verkehr und Nahrungsmittel wiesen mit 0,4 beziehungsweise 0,2 Prozent ebenfalls leichte Zunahmen auf, während der Index bei Heizung und Beleuchtung sowie Getränken und Tabakwaren praktisch stabil blieb.

Nach wie vor ist die Teuerung vorwiegend hausgemacht: Die Preise für Inlandgüter stiegen innert Monatsfrist um 0,7 Prozent und innerhalb eines Jahres um 4,2 Prozent. Die Importteuerung erhöhte sich hingegen nur um 0,3 beziehungsweise 1,1 Prozent.

Für die Schweizerische Nationalbank (SNB) stellen die jüngsten Teuerungszahlen keine Überraschung dar und sind eher etwas günstiger als erwartet ausgefallen, wie SNB-Sprecher Werner Abegg auf Anfrage sagte. Die früheren Prognosen seien nach wie vor gültig, wonach der Teuerungsabbau nach einem Unterbruch im zweiten Halbjahr weitergehen werde. Aus jetziger Sicht könne weiterhin mit einer Jahresendteuerung von rund 2,5 Prozent gerechnet werden.

Hartes Ringen um Frauen-Rentenalter

Bern (AP) Der Nationalrat will langjährige Frauenanliegen mit einem Umbau der AHV erfüllen. Heftig umstritten ist jedoch, ob und wie stark im Gegenzug das Rentenalter für Frauen angehoben werden soll. Dies zeigte sich am Dienstag in der Eintretensdebatte zur 10. AHV-Revision. Vier Rückweisungsanträge wurden verworfen.

Der Umbau der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) soll der gesellschaftlichen Entwicklung seit der Schaffung der AHV im Jahre 1948 Rechnung tragen. Jeder Mann und jede Frau soll Anspruch auf eine eigene Rente haben. Die während der Ehe erzielten Einkommen sollen aufgeteilt und gegenseitig angerechnet werden (Splitting). Mit Gutschriften sollen die Erziehung von Kindern sowie die Betreuung von Angehörigen honoriert werden. Finanzielle Nachteile des Splittings für gewisse Rentnergruppen sollen mit einer Änderung der Rentenformel ausgeglichen werden, neu sollen 60 anstatt 45 Prozent der Versicherten die Maximalrente erhalten.

Für Einschränkung des Waffenhandels

Bern (AP) Der «Waffensupermarkt Schweiz» soll geschlossen werden. Nach dem Nationalrat hiess am Dienstag auch der Ständerat einstimmig einen Verfassungsartikel gut. Das Volk soll noch in diesem Jahr darüber abstimmen. Ende 1994 will der Bundesrat einen Entwurf für ein Missbrauchsgesetz vorlegen.

Eine allgemeine Registrierungspflicht ist nicht geplant.

DENNER-Satellit
Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

Fenchel	1 kg Fr. 2.60
Äpfel «Golden Delicious»	2,5 kg Fr. 5.75
Toni-Joghurt	statt Fr. 1.- nur Fr. -.70

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.